

3854 /J
13. März 2008

ANFRAGE

der Abgeordneten Gerhard Reheis

und GenossInnen

an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz

betreffend dem Missbrauch von Mehrwerttelefonnummern und Mehrwert-SMS

Die Modernisierung der Telefonie bringt viele Vorteile, birgt für die Konsumenten allerdings auch einige Gefahren in sich. Immer wieder gelingt es Betrügern, mit elektronischem Wissen einen gewaltigen Schaden zu verursachen. Für die Konsumenten wird das Dilemma zumeist erst bei einem Blick auf die Telefonrechnung deutlich, in der sich häufig sündteure Mehrwerttelefonnummern oder auch Mehrwert-SMS aufgelistet finden.

Über die Konsumentenschutzabteilung der Arbeiterkammer für Tirol wurden etwa Fälle bekannt, in denen nie bestellten eingehende kostenpflichtige SMS-Mitteilungen mit mehr als 1000 Euro zu Buche schlugen. Ein kriminell anmutendes Geschäft wird auch mit Klingeltönen gemacht, die nach dem Herunterladen zig kostenpflichtige SMS nach sich ziehen.

Eine Hochblüte erlebt die Abzocke auch in den hinlänglich bekannten Warteschleifen. Vor allem mit dem verlockenden Hinweise, man habe erfolgreiche an einem Gewinnspiel teilgenommen, werden Leute dazu verleitet, kostenpflichtige Mehrwertnummern anzurufen, um sie dann mit einer langen Ansage hinzuhalten oder auf eine Warteschleife zu verbinden, um die Telefonkosten in die Höhe zu treiben. Die Möglichkeiten sind für technisch versierte Betrüger im Telekommunikationsbereich schier unerschöpflich geworden.

Wege in die Kostenfalle gibt es viele. So wird in fast allen Medien für Mehrwertdienste geworben, wie etwa die Österreichische Wirtschaftskammer zu berichten weiß. Am schnellsten ist jemand dabei, der via SMS eine Telefonnummer zugeschickt bekommt, über die man mit Mobiltelefon sofort antworten kann, oder wer sich bei einer Anzeige im Internet dort sofort einwählt. Die Dialer-Programme, die einen Computer über eine bestimmte kostenpflichtige Telefonnummer mit einem Internetserver verbinden, sind typische Kostenfallen, in die nicht zuletzt Kinder und Jugendliche tappen.

Besonders dreist erscheinen Vorfälle mit Mehrwert-SMS in Tirol, über die ebenfalls die Konsumentenschutzabteilung der AK zu berichten wusste. Handy-Kunden wurden wahllos von Routern mit kostenpflichtigen SMS angeschrieben mit dem wörtlichen Inhalt „Jetzt sind sie um 10 Euro erleichtert“.

Angesichts der enormen finanziellen Schäden, die für Konsumenten durch Mehrwerttelefonnummern und Mehrwert-SMS immer wieder entstehen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz nachfolgende

Anfrage:

1. Gibt es seitens des Ministeriums Auflistungen bzw. detaillierte Einschätzungen über die Zahl der missbräuchlichen Verwendung von Mehrwerttelefonnummern und Mehrwert-SMS?
2. Welche rechtliche Handhabe haben „Mehrwert-Opfer“, die sich plötzlich mit einer weit überhöhten Telefon- oder Internetrechnung konfrontiert sehen?
3. Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es zum aktuellen Zeitpunkt, gegen Netzbetreiber vorzugehen, die von exotischen Inseln aus ihrem einträglichen Geschäft nachgehen, mit dem sie unzähligen Kundinnen und Kunden in Österreich enormen finanziellen Schaden zufügen?
4. Gibt es seitens des Ministeriums taugliche Aufklärungskampagnen, um die Nutzer von Telefon und Internet vor den kriminellen Machenschaften unseriöser Mehrwertanbieter zu schützen?
5. Existiert eine Kontrollinstanz, die überprüft, ob Netzanbieter dem Wunsch ihrer Kunden, Handys für ein- und ausgehende Mehrwertnummern zu sperren, tatsächlich nachkommen?

